

Venezuela: Drei Monate nach den beiden Erdbeben fehlt es immer noch an menschenrechtsbasierten Hilfsmaßnahmen

23. September 2026

Am 24. Juni 2026 wurde der Norden Venezuelas von zwei Erdbeben der Stärken 7,2 und 7,5 erschüttert, was eine der schlimmsten Katastrophen des Landes in den vergangenen Jahrzehnten zur Folge hatte. Nach offiziellen Angaben kamen 6.509 Menschen ums Leben. 60.785 betroffene Wohnungen wurden begutachtet, davon wurden 11.001 als einsturzgefährdet eingestuft.

„Drei Monate nach diesen Ereignissen sind wir weiterhin verpflichtet, den Betroffenen zu helfen und bei dem Wiederaufbau ihre Menschenrechte und Würde in den Mittelpunkt zu stellen“.

Ana Piquer, Direktorin für die Region Amerika von Amnesty International.

Die Erdbeben haben eine Bevölkerung getroffen, die bereits mit einer komplexen humanitären Notlage konfrontiert ist und sich schwerwiegenden Problemen in Bezug auf ihre wirtschaftlichen und sozialen Rechte gegenüber sieht, einschließlich des Rechts auf Gesundheit, Nahrung, Wohnung und Arbeit und die darüber hinaus einer Politik der systematischen und verbreiteten Repression unterworfen ist, **die seit 2015 bereits mindestens 25% der venezolanischen Bevölkerung veranlasst haben, auf der Suche nach internationalem Schutz aus dem Land zu fliehen.**

Zwischen dem 23. Juli und dem 14. August 2026 hat Amnesty International 21 Personen in Caracas und La Guaira interviewt, die direkt von dem Erdbeben betroffen waren.

Diese sagten, dass die Hilfsmaßnahmen der venezolanischen Behörden verspätet eingetroffen und schlecht koordiniert gewesen seien. Familienangehörige und Nachbar*innen hätten mit ihren bloßen Händen oder improvisierten Werkzeugen den Schutt beseitigt, während sie gleichzeitig um schwereres Gerät, spezialisierte Rettungskräfte und Suchhunde baten. Sie berichteten auch von einem größeren Einsatz von Polizei, Militär und Geheimdienstpersonal, die mit der Überwachung und Kontrolle des Gebietes beschäftigt waren, sich aber nicht direkt an den Rettungsaktionen und der Suche nach vermissten Personen beteiligt haben.

Mangel an Informationen und widersprüchliche Zahlen

Die Informationen, die von den venezolanischen Behörden veröffentlicht wurden, zeichnen sich durch Undurchschaubarkeit und mangelnde Transparenz aus. Bis jetzt wurden noch keine offiziellen Zahlen zu den vermissten Personen veröffentlicht, mit der Begründung, dass die Behörden Spekulationen vermeiden wollen. Die einzige

offizielle Schätzung stammt vom Gouverneur des Bundesstaates La Guaira, der die **Zahl der Vermissten mit 1.579** angab. Angesichts fehlender Daten haben unabhängige Bürgerinitiativen **mehr als 41.000 Meldungen über vermisste Personen** erfasst. Diese Bemühungen sind zwar wertvoll, haben aber zu Fehlern und Dopplungen in den Verzeichnissen geführt, was zeigt, wie wichtig offizielle Zahlen sind.

Auch bei der Zahl der registrierten Toten gibt es erhebliche Diskrepanzen. Laut dem Gouverneur des Bundesstaates La Guaira wird **die Zahl der Toten auf 7.265** geschätzt, während nach dem neuesten Update der nationalen Regierung vom 24. August das Erdbeben **6.509 Tote** gefordert hat.

Darüber hinaus wird bei den zur Verfügung gestellten Daten nicht nach Geschlecht, Alter, Auffindungsort oder anderen wesentlichen Merkmalen unterschieden. Dadurch ist es unmöglich, die Auswirkungen des Erdbebens differenziert zu erfassen und jeweils angemessene Reaktionen für Kinder, ältere Personen, Frauen, Menschen mit Behinderungen bzw. andere Gruppen zu entwickeln, die möglicherweise spezielle Schutz- und Hilfsmaßnahmen benötigen.

Familien sind bei der Suche auf sich allein gestellt

In den Interviews, die von Amnesty International durchgeführt wurden, berichteten die Menschen von sehr begrenzter institutioneller Unterstützung und von einem Mangel an Informationen über die Mittel, die ihnen für die Suche nach ihren Angehörigen zur Verfügung stehen oder über die von den Behörden durchgeführten Maßnahmen.

Familien haben ihre Suche auf eigene Faust vorgenommen und öffentliche Einrichtungen, Leichenhallen, Krankenhäuser und eingestürzte Gebäude aufgesucht. Sie haben Plakate mit den Fotos ihrer Angehörigen an strategisch wichtigen Plätzen wie Krankenhäusern und provisorischen Unterkünften aufgehängt. Sie haben Informationen über Social Media geteilt. Sie haben gemeinsam mit Organisationen der Zivilgesellschaft Datenbanken und digitale Plattformen erstellt, um die Vermissten ausfindig zu machen.

“Meine Kinder [Enkelkinder im Alter von 13 und 14] werden immer noch vermisst. Ich bin sehr zuversichtlich, dass die Kinder zu einer anderen Unterkunft gebracht wurden, zu einem anderen Bundesstaat, dass sie leben. Zu keinem Zeitpunkt haben sie mir angeboten, bei der Suche nach ihnen zu helfen – nein, nie.”

Eine von Amnesty International interviewte Person

Die Ungewissheit darüber, ob Angehörige noch am Leben sind, ob ihre Leichen geborgen wurden oder ob sie sie gemäß ihrem Brauch und ihrem Glauben beerdigen können, ist für die Menschen zutiefst belastend.

Umgang mit den Körpern und Überresten der Verstorbenen

Tausende Verstorbene sind immer noch nicht identifiziert und werden weiterhin in provisorischen Leichenhallen gelagert, ohne dass es eine eindeutige Leitlinie dafür gibt und ohne dass die Familien und Angehörigen informiert sind oder wissen, an welche Behörde sie sich für die Suche und Bergung der Leichen bzw. der Überreste wenden sollen.

Die von uns interviewten Personen, die in *Los Silos*, einer provisorischen Leichenhalle im Hafengebiet von La Guaira, nach Angehörigen gesucht haben, berichteten von unklaren Verfahrensweisen und vom Fehlen zentraler Informationen bezüglich der Maßnahmen zur Suche, Bergung und Identifikation. Ebenso fehlten Informationen über die verfügbaren Mittel für den Fall, dass Gentests oder andere Maßnahmen zur Identifizierung erforderlich sind.

Einige gaben an, dass sie auf einem digitalen Tablet zahlreiche Fotografien von Leichen anschauen mussten, von denen viele unkenntlich waren und dass sie in einigen Fällen sogar versucht haben, Leichen und Überreste direkt aus Leichensäcken heraus zu identifizieren.

Diese Berichte lassen ernsthafte Zweifel daran aufkommen, ob die Vorgehensweise und die Unterstützung der Familien mit Würde erfolgen.

Eine Frau, die gerade auf die Ergebnisse einer DNA-Analyse wartete, sagte:

„Sie sagten mir, ich müsse weiterhin warten, weil es so viele Tote gebe. Ich solle an die Vargas-Tragödie denken [die Schlammlawinen von 1999], bei der es immer noch Familien gebe, die nach Vermissten suchen. Sie können sich vorstellen, wie ich mich fühle.“

Andere sagten, sie haben mehrmals pro Woche *Los Silos* und andere Einrichtungen aufgesucht in der Hoffnung, Informationen zu bekommen.

Es wurde ebenfalls hervorgehoben, dass es in diesem Zusammenhang keine psychologische Unterstützung gab. Einige Interviewte gaben an, kremierte Überreste ihrer Angehörigen erhalten zu haben, weshalb sie sich fragten, ob die Identifizierung überhaupt korrekt durchgeführt worden war.

„Ich vertraue dem nicht, weil ich manchmal denke, dass sie all die Toten zusammen kremieren und die Asche vermischen könnten. Manchmal denke ich das“.

Eine von Amnesty International interviewte Person

Materielle Verluste und Fehlen von dauerhaften Lösungen

Offiziellen Angaben zufolge haben, Stand 5. Juli, 17.345 Menschen ihre Wohnung verloren. Einige sind bei Verwandten oder nahestehenden Personen untergekommen. Andere haben sich in Notunterkünfte begeben, die von der Regierung eingerichtet

worden waren. Weitere haben sich entschieden, in der Nähe ihrer Wohnung zu bleiben und dort Zelte aufzubauen.

„Sie können dir nicht einfach sagen: sie werden dich anrufen, so dass du dort hingehen kannst, nach Matusalén [das bedeutet, sehr weit weg], aber was passiert mit deinem Land hier? Was wird mit deinem Land passieren? Wer wird danach schauen? Wer wird ein Auge darauf haben, wenn du nicht hier bist, um auf dein Eigentum aufzupassen, lass uns das klar sagen, sie werden nichts für uns lösen“.

Eine von Amnesty International interviewte Person

Die Behörden haben ein System zur Schadenserfassung eingeführt. Sie bringen rote Etiketten (Zutritt verboten), gelbe Etiketten (eingeschränkte Nutzung) und grüne Etiketten (uneingeschränkt bewohnbar) an den Fassaden der Häuser an. Einige der von uns interviewten Betroffenen gaben an, dass sie in offiziellen Zählungen erfasst und unter anderem durch das *Sistema Patria* registriert wurden, einer offiziellen digitalen Plattform, die dazu dient, soziale Programme zu verwalten und zuzuteilen. Jedoch hatten sie keine ausreichende Klarheit über die Reichweite und den Zweck des Projektes, über die Kriterien für die Zuweisung von Wohnraum oder über die zeitlichen Abläufe bei der Bereitstellung von dauerhaften Lösungen.

„Mein Haus ist mit Gelb markiert, aber es stellt ein hohes Risiko dar, weil zwei Wände eingestürzt sind und alle Träger nachgegeben haben und der Boden sich angehoben hat. Ich meine, der Boden ist uneben. [...] Ich kann nicht mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern in dieses Haus gehen, wenn es in diesem Zustand ist.“

Eine von Amnesty International interviewte Person

Neben der Unsicherheit darüber, ob eine Wohnraumlösung vorübergehend oder dauerhaft ist, spielt der Verlust von Einkommensquellen eine Rolle. Die Interviewten gaben an, dass durch die Zerstörung von Arbeitsstätten und den Rückgang des Tourismus die Fähigkeiten, mancher Familien, sich zu erholen, eingeschränkt sind.

„Jede Woche versprechen sie uns, dass sie uns [Bau-]Material zur Verfügung stellen werden, dass sie die Dinge regeln werden, aber sie regeln gar nichts. Das gerät gerade richtig außer Kontrolle, weil die Leute müde sind und überfordert von so vielen Versprechungen.“

Eine von Amnesty International interviewte Person

Freier Zugang für zivilgesellschaftliche Organisationen zu Notunterkünften

Zu den von der Regierung durchgeführten Maßnahmen gehörten die Einrichtung von Zeltlagern und Notunterkünften in Schulen, Sportanlagen und anderen öffentlichen Räumen. Es gibt keine Standards für die Betreuung dieser Unterkünfte. Die Leute werden im Unklaren gelassen, weil es keine genauen Regelungen gibt, die festlegen, wie diese Einrichtungen betrieben werden und keine Information darüber, wann sie geschlossen werden.

Zivilgesellschaftliche Organisationen haben Amnesty International mitgeteilt, dass es kein einheitliches Verfahren gibt, nach dem man Zugang zu den Notunterkünften erhält, wenn man humanitäre Hilfe leisten will. Der Zugang hängt von der jeweiligen Notunterkunft und der Beziehung der Organisation zu den Behörden ab, so dass in einigen Unterkünften die Hilfe verspätet ankommt. Es wurde ebenfalls berichtet, dass es keine Richtlinien für die Hilfe von Menschen in vulnerablen Situationen gibt, einschließlich der Kinder, und dass die Verteilung der Hilfsangebote unkoordiniert läuft, mit der Folge, dass sich die Angebote und die Unterstützung von Notunterkunft zu Notunterkunft erheblich voneinander unterscheiden.

Das Anti-NGO Gesetz behindert die Arbeit der Zivilgesellschaft

Die Arbeit der Organisationen der Zivilgesellschaft wird seit der Veröffentlichung des Gesetzes über die **Überwachung, Regulierung, Tätigkeit und Finanzierung von Nichtregierungsorganisationen und gemeinnützigen soziale Organisationen (das Anti-NGO Gesetz)** beeinträchtigt sowie ebenfalls durch die jüngste Veröffentlichung von zwei Rundbriefen durch das Ministerium für Inneres und Justiz. Diese Maßnahmen haben rechtliche und finanzielle Hürden geschaffen, die Hilfsangebote verzögern oder verhindern.

Darüber hinaus verlangen Geldgeber*innen und internationale Hilfsagenturen, dass die Organisationen über eine gesetzlich vorgeschriebene Registrierung verfügen, um Zugang zu Fördergeldern zu erhalten. Ein Vertreter einer Nichtregierungsorganisation sagte: „Spender*innen, Geldgeber*innen und sogar Banken fragen nach der Registrierung. Bei jedem Verfahren fragen sie nach dem Zertifikat. Das ist ein riesiger bürokratischer Aufwand. Alle Institutionen und Geldgeber*innen erhöhen die Anforderungen und die verwaltungstechnischen Hindernisse, statt die Dinge flexibler zu handhaben. Und das, obwohl wir in einer Notlage sind“.

Schlussfolgerungen und Empfehlungen

„Obwohl Erdbeben eine unvermeidbare Tragödie darstellen, kann man die daraus resultierenden Menschenrechtsverletzungen verhindern. Die venezolanischen Behörden müssen die Rechte aller Betroffenen garantieren“.

Ana Piquer, die Direktorin für die Region Amerika von Amnesty International.

Amnesty International fordert die venezolanischen Behörden dazu auf, Transparenz zu garantieren und sicherzustellen, dass alle Personen, die von den Erdbeben betroffen

sind und die Organisationen, die humanitäre Hilfe anbieten, Zugang zu Informationen erhalten. Die Behörden müssen aktuelle Informationen über die zeitlichen Abläufe, die Kriterien und die Art der Unterstützung für die Opfer veröffentlichen, ebenso wie Informationen über den Zugang zu Hilfsleistungen. Diese Informationen müssen in einem Format bereitgestellt werden, das für jedermann zugänglich ist. Die Behörden müssen ebenfalls detaillierte Informationen herausgeben über die Zahl der Menschen, die infolge der Erdbeben gestorben sind, über die Vermissten und über die Maßnahmen, die ergriffen werden, um die Angehörigen zu informieren. Alle Informationen müssen nach Geschlecht, Alter und anderen relevanten Faktoren aufgeschlüsselt werden.

Die Behörden müssen auch ein einheitliches Verzeichnis der Opfer erstellen, das der Öffentlichkeit zugänglich ist und den Zugang zu Wohnraum und staatlicher Unterstützung ohne Diskriminierung garantiert.

Gleichzeitig müssen die Behörden einen Plan zum Wiederaufbau des beschädigten Wohnraums veröffentlichen und eine spezielle Aufsichtsbehörde einrichten, die die Umsetzung überwacht. Sie müssen medizinische Versorgung sicherstellen, inklusive psychologischer Unterstützung, für die, die sie benötigen, vor allem für Angehörige von vermissten und verstorbenen Personen. Sie müssen unverzüglich Richtlinien für die Betreuung von Notunterkünften erstellen und Journalist*innen und Menschenrechtsorganisationen den Zugang gewähren und sie müssen umgehend das Anti-NGO Gesetz außer Kraft setzen, um gemeinschaftliche und solidarische Initiativen zu ermöglichen.

Für weitere Informationen oder zur Vereinbarung eines Interviewtermins wenden Sie sich bitte an press@amnesty.org

Übersetzt von der Chile-/Venezuela Koordinationsgruppe. Verbindlich ist das Original: <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2026/09/venezuela-a-tres-meses-del-doble-terremoto-sigue-ausente-una-respuesta-centrada-en-derechos-humanos/>